

PUTINS ACHE BOTSCHAFT AN DIE NATION 1937 – ERINNERUNG AN STALINS TERROR

■ ANALYSE	
Kein politisches Testament, aber ein paar Wahlgeschenke. Putins achte Botschaft an die Nation	2
Hans-Henning Schröder, Bremen	
■ KOMMENTAR	
Das Jahr 1937 und die Gegenwart. Zu den Thesen von „MEMORIAL“	5
Von Irina Scherbakowa, Moskau	
■ DOKUMENTATION	
Das Jahr 1937 und die Gegenwart. Thesen von „MEMORIAL“	6
■ TABELLEN UND GRAFIKEN	
Bewertung der politischen Führer Russlands im 20. Jahrhundert (Mai 2006)	11
Die Rolle Stalins im Krieg	13
Die Opfer Stalinscher Verbrechen	14
■ UMFRAGE	
Der „Marsch der Nichteinverstandenen“	18
■ CHRONIK	
Vom 27. April bis zum 3. Mai 2007	21



Analyse

Kein politisches Testament, aber ein paar Wahlgeschenke. Putins achte Botschaft an die Nation

Hans-Henning Schröder, Bremen

Reformprogramm und Gesprächsangebot

Am Donnerstag, dem 26. April, legte Präsident Putin den beiden Häusern des russischen Parlaments, wie von der Verfassung vorgeschrieben, seinen alljährlichen Bericht zur Lage der Nation vor, die „Botschaft an die Föderalversammlung der Russischen Föderation“. Siebenmal hat Putin dies in seinen beiden Amtszeit bereits getan und immer wieder hat er die Gelegenheit benutzt, Reformen anzukündigen und Missstände zu kritisieren.

Sein achter und voraussichtlich letzter Bericht machte in deutschen Medien vor allem mit der Meldung Schlagzeilen, Putin wolle aus dem KSE-Vertrag aussteigen. Eine Tatarennachricht, die die Aussagen des Präsidenten entstellte und zugleich seine eigentlich skandalösen Bemerkungen – die Denunziation der innerrussischen Opposition als antinational und vom Ausland gelenkt – in den Hintergrund drängte. Insgesamt präsentierte Putin in seinem Bericht ein politisches Potpourri – nach innen verteilte er Mittel für soziale Anliegen und regte den Ausbau der Industrie und die Förderung von Wissenschaft an, nach außen forderte er Gespräche über europäische Sicherheit ein und offerierte einen breiten Dialog über Wirtschaftsaustausch im eurasischen Raum.

Politisches Allerlei

Der Präsident sprach diesmal 72 Minuten – zehn Minuten länger als im Jahr zuvor – und konstatierte mit Befriedigung, dass Russland nach Überwindung der schwierigen Übergangsepoche nun ein „neues Leben“ baue, und dass die Lage sich allmählich zum besseren wende. Damit schlug er den Grundton für den ganzen Bericht an – positiv und optimistisch, ohne die scharfe Kritik an Missständen, wie Putin sie in den Jahren zuvor geäußert hatte. Inhaltlich sprach er eine Vielzahl von Themen an:

- Er kommentierte die bevorstehenden Dumawahlen, bei denen erstmals nur das Verhältniswahlrecht angewandt wird, und beschrieb dieses Verfahren als echte Chance für Opposition. In diesem Zusammenhang erlaubte er sich einen böartigen Ausfall gegen die demokratische Opposition und das Ausland, dem er pauschal Unterwanderungsabsichten unterstellte.

„Ich sage es geradezu – nicht allen gefällt die stabile, fortschreitende Entwicklung unseres Landes. Es gibt

solche, die unter geschickter Nutzung pseudodemokratischer Phraseologie, die gerade vergangene Zeit zurückholen wollen. Die einen, damit sie wie früher ungestraft die gesellschaftlichen Reichtümer stehlen, Volk und Staat ausplündern können. Die andern, um unseren Land die wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit zu nehmen.

Es nimmt der Zufluss von Geld aus dem Ausland zu, das für direkte Einmischung in unsere inneren Angelegenheiten eingesetzt wird. Wenn man zurückblickt, was in früheren Zeiten geschah, dann sieht man, dass in der Epoche des Kolonialismus die Kolonialländer von ihrer so genannten zivilisatorischen Rolle gesprochen haben. Heute bewaffnet man sich mit demokratorischen Losungen. Aber das Ziel bleibt gleich – die Durchsetzung einseitiger Vorrechte und des eigenen Vorteils, die Sicherung eigener Interessen.“

- Nach dieser skandalösen Bemerkung wandte sich der Präsident wieder der positiven Seite zu, er verwies auf Fortschritte bei der Einführung kommunaler Selbstverwaltung und die Intensivierung des Dialogs mit Nichtregierungsorganisationen, bei denen auch die neu gegründete Bürgerkammer eine große Rolle gespielt habe.
- Besonderes Augenmerk legte die Botschaft diesmal auf die Lage der russischen Kultur und der Geisteswissenschaften, deren Bedeutung er hervorhob und für die er eine Reihe von Förderungsmaßnahmen vorschlug.
- Für die „nationalen Projekte“, Förder- und Schwerpunktprogramme in vier kritischen Problembereichen (Gesundheit, Landwirtschaft, Bildung, Wohnungsbau) fand der Präsident lobende Worte. Der Wohnungs- und Kommunalwirtschaft kündigte er speziell ein Ausgabenprogramm in Höhe von 250 Mrd. Rubel an.

- Der Stabilitätsfond, der sich aus den Einnahmen für Energieexporte speist und der ursprünglich als Rückhalt für die Stabilisierung der Währung und der Wirtschaftsentwicklung gedacht war, soll in Zukunft auch für die Besserung der sozialen Situation genutzt werden, u.a. zur Sicherung und Erhöhung der Renten – zur Bildung eines „Rentenkapitals“ für die Bürger.
- In der Wirtschaftspolitik unterstreicht der Bericht die Absicht, in Zukunft die Rohstoffwirtschaft durch den Ausbau innovativer, verarbeitender Industrien zu ergänzen. Der Präsident will die nationale Infrastruktur verbessern, den Nutzungsgrad der Energieproduktion steigern und den Ausbau von Hochtechnologiebetrieben forcieren. In diesem Zusammenhang erinnert der Präsident auch wieder an die Bedeutung von Kleinunternehmen. Er fordert, die erhebliche technologische Kompetenz von Flugzeug- und Schiffbauindustrie besser zu nutzen, die Elektroenergie auszubauen und das Verkehrssystem leistungsfähiger zu machen. Gewicht legt die Botschaft schließlich auf die Förderung der Wissenschaft und hebt dabei besonders die Nanotechnologie hervor.
- Auch von den Streitkräften weiß der Bericht Positives zu vermelden. Die Umstrukturierung mache Fortschritte – 2007 seien bereits zwei Drittel des Personals Berufs- oder Zeitsoldaten. Ihre soziale Sicherung und der weitere Ausbau der Streitkräfte werden in der Botschaft zugesichert. Bis 2010 sollen alle Soldaten mit Wohnungen versorgt sein.
- In diesem Kontext geht der Präsident auch auf den modifizierten KSE-Vertrag ein, der 1999 in Istanbul unterzeichnet, von den NATO-Staaten bisher aber noch nicht ratifiziert worden ist. Er moniert, dass die Slowakei und die baltischen Ländern dem Abkommen nicht beigetreten sind. Und kündigt an, dass Russland den nicht in Kraft getretenen Vertrag zunächst nicht weiter erfüllen und die strittigen Fragen im NATO-Russlandrat erörtern werde. Die Frage der Stationierung amerikanischer Raketenabwehrsysteme in Polen und Tschechien möchte er parallel dazu in der OSZE erörtern. Die OSZE will er wieder mit realem Inhalt füllen.
- Der Präsident geht schließlich noch auf Fragen der Außenpolitik ein. Hier geht es vor allem um die Stärkung der Beziehungen in der GUS. Doch Putin hebt auch die Partnerschaft mit der EU hervor. Diese soll in einem neuen Vertrag über strategische Partnerschaft – also der Fortsetzung des im Dezember auslaufenden Partnerschafts- und Kooperationsabkommen – befestigt werden.

Wahlgeschenke

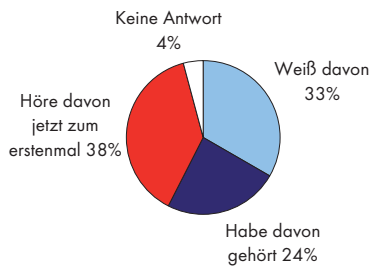
„Wer vieles bringt“, heißt es, „wird allen etwas bringen“. Putins achte Botschaft an die Nation müht sich, der Devise des Theaterdirektors aus Goethes Faust gerecht zu werden. Sie ist nicht der Versuch, die politische Bilanz zweier Amtszeiten zu ziehen, sie entwirft auch keine politische Vision, sie betreibt bloß politisches Alltagsgeschäft im Vorwahljahr. Und so muss man auch einige Passagen deuten, etwa die gefälligen Bemerkungen zu den „nationalen Projekten“, die von Dmitrij Medwedjew betreut werden, einem der beiden Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten und Prätendenten auf die Nachfolge Putins. In der Tat ist im Rahmen der „nationalen Projekte“ bisher wenig bewegt worden und die Bevölkerung äußert sich in Meinungsumfragen vergleichsweise kühl. Der Zuschuss für Wohnungs- und Kommunalwirtschaft zielt denn auch wohl auf eine Unterstützung des Kandidaten Medwedjew. Sein Mitbewerber Sergej Iwanow, auch er Erster Stellvertretender Ministerpräsident, ehemaliger Verteidigungsminister und zuständig für Hochtechnologie und Rüstungsindustrie, wird mit dem Schwerpunkt Wissenschaft und Industrieausbau bedacht. Die positive Bewertung der Lage in den Streitkräften und die Verkürzung der Wehrdienstzeiten zielt auch auf Unterstützung Iwanows und übergeht elegant die inneren Probleme der Armee, insbesondere die endemische Soldatenschinderei durch Vorgesetzte und ‚Kameraden‘ – einer der Gründe dafür, dass sich jeder Wehrpflichtige, der die Möglichkeit sieht, dem Dienst entzieht. Die Nutzung des Stabilitätsfonds zur Sicherung der Renten gehört ebenfalls in den Kontext der Meinungsmache vor den Wahlen. Immerhin waren es im Januar 2005 Rentner, die landesweite Proteste gegen die Umstrukturierung der Rentenzahlungen veranstaltet hatten, auf die die Regierung seinerzeit mit einem Rückzug reagierte.

Putins Vorschläge zur besseren Nutzung der Bodenschätze atmen den Charme der Brezhnew-Ära: Öl und Gas sollen stärker als bisher im eigenen Lande weiterverarbeitet werden und als Nebenprodukt gefördertes Gas soll nicht einfach abgefackelt werden. Nicht falsch, aber schon von Leonid Brezhnew wiederholt thematisiert. Immerhin weisen die Forderungen nach Ausbau der verarbeitenden Industrie und Wiederaufbau der Wissenschaft politisch in die Zukunft.

KSE-Vertrag, OSZE und PKA

Im auswärtigen Teil der Botschaft setzt Putin das fort, was er bereits in seiner Münchener Rede angerissen hat. Russland beansprucht in europäischen Sicherheitsfragen ein Mitspracherecht. Die Präsenz der USA

Haben Sie gehört, dass sich Präsident Putin am 26. April 2007 mit einer Botschaft an die Nation gewandt hat?



in Ostmitteleuropa – auf Basis bilateraler Abmachungen, also nicht durch NATO, OSZE oder KSE-Verträge

eingebunden – wird von der russischen Seite offenbar als Problem aufgefasst. So sind denn auch Putins Vorstöße zu verstehen:

- Er will die Ratifizierung des KSE-Vertrags, am besten unter Einschluss der Slowakei und der baltischen Staaten, die bisher keine Vertragspartner sind. Bisher haben die NATO-Staaten die Ratifizierung des 1999 in Istanbul unterschriebenen Vertrags vom Rückzug russischer Truppen aus Moldova und Georgien abhängig gemacht. Der NATO-Russlandrat ist das Gremium, in dem Putin diese Frage diskutieren will.
- Die russische Führung will eine Diskussion der Stationierung amerikanischer Raketenabwehrsysteme im Rahmen der OSZE, die sie insgesamt aufwerten will.
- Putin unterstreicht den Wunsch, in die Verhandlungen für das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit der Europäischen Union (PKA), das zur Neuverhandlung ansteht, einzutreten. Bisher konnten die Gespräche darüber nicht beginnen, weil Russland den Import von polnischem Fleisch unterbunden hat und Polen vor Eintritt in die Verhandlungen die Aufhebung des Boykotts fordert.

Das, was Russland offenbar anstrebt, ist eine Neuregelung europäischer Sicherheitspolitik unter maßgeblicher russischer Beteiligung und die Einhegung amerikanischen Vordringens in Osteuropa im Rahmen einer umfassenden Sicherheitsstruktur. Dass Putin dabei die gerade von seinem Außenminister totgesagte OSZE wiederbeleben will, ist nicht ohne eine gewisse Pikanterie. Außenminister Sergej Lawrow wehrte sich gegen die Menschenrechtspolitik und die Wahlbeobachtung der OSZE. Putin möchte sie jetzt als europäisches Sicherheitsinstrument reaktivieren. Dass sich diese Politik eher gegen die USA

Über den Autor

Prof. Dr. Hans-Henning Schröder lehrt Osteuropäische Geschichte an der Universität Bremen.

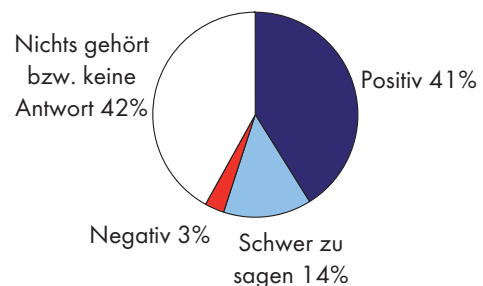
Quelle für die Diagramme im Text: Umfrage der Stiftung Öffentliche Meinung (FOM) vom 28.–29. April 2007
http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom0718/domi0718_2/d071821

als gegen die EU wendet, wird aus der Putinschen Verhandlungsofferte an Brüssel deutlich.

Was fehlt?

bleibt die Frage, was in der Jahresbotschaft von 2007 nicht erwähnt wird. Und das ist viel. So äußerte sich Putin nicht über die Restrukturierung des Parteiensystems, die gerade vor sich geht. Er greift nicht das Thema Armut auf. Gewiss, hat es beim Abbau von Armut durch das fortgesetzte Wirtschaftswachstum erhebliche Fortschritte gegeben, doch immer noch geben 12% der Bevölkerung an, dass ihr Budget nicht für Lebensmittel reiche und weitere 34%, dass sie sich zwar Lebensmittel, aber keine Kleidung leisten könnten. Auch das Thema Korruption berührte er nur einmal im Vorübergehen. In früheren Jahresbotschaften hatte er sich sehr viel deutlicher geäußert. Im April 2005 z.B. erklärte er, es gäbe „grobe Verletzungen von Unternehmerrechten, und fallweise auch einfach offene Erpressung von Seiten der staatlichen Strukturen“, um dann fortzufahren: „Die Übergabe des Landes in

Hat Präsident Putins Botschaft an die Nation einen positiven oder negativen Eindruck auf Sie gemacht?



die Verfügungsgewalt einer ineffizienten, korrupten Bürokratie gehört nicht zu unseren Plänen.“

Auf solche kritischen Aussagen wartete man dieses Jahr vergebens – kein böses Wort über die Bürokratie, keine Kritik an der stockenden Reform des Gesundheitswesens und der weit verbreiteten Fremdenfeindlichkeit. Putins achte und voraussichtlich letzte Botschaft an die Föderalversammlung berichtete vor allem Gutes. Und hier zeigt sich die politische Begrenztheit des zweiten russischen Präsidenten. Seine Rede ist diktiert von taktischen Gesichtspunkten – nichts Schlimmes im Wahljahr, keine schlafenden Hunde wecken –, eine politische Version erwartet man von ihm vergebens.

Kommentar

Das Jahr 1937 und die Gegenwart Zu den Thesen von „MEMORIAL“

Von Irina Scherbakowa, Moskau

Alle Ergebnisse von Meinungsumfragen, die in den letzten Jahren in Russland durchgeführt wurden, zeugen von einer stetig wachsenden Popularität Stalins im Vergleich zu anderen Figuren der russischen Geschichte. Besonders deutlich zeigte sich das schon 2005 im Zusammenhang mit den Feierlichkeiten anlässlich des 60. Jahrestages des Sieges im Großen Vaterländischen Krieg. Stalin-Denkmäler schossen an den verschiedensten Orten buchstäblich wie Pilze aus dem Boden; in vielen Städten, einschließlich Moskau und Sankt Petersburg, wurden Kampagnen ins Leben gerufen mit dem Ziel, Geld für solche Denkmäler zu sammeln. Laut Meinungsumfragen hält jeder fünfte Einwohner Russlands Stalin für einen weisen Führer und Staatslenker und ein Drittel der Befragten gibt an, nicht die ganze Wahrheit über Stalin zu kennen. Es wird auch immer deutlicher, dass vieles in Vergessenheit geraten ist und verdrängt wird, was mit einem entscheidenden Aspekt des Stalinismus in Verbindung steht, nämlich den politischen Repressionen, die in verschiedenen Zeitabschnitten praktisch alle Schichten der russischen Bevölkerung betrafen. Es ist offensichtlich, dass heute in Russland ein intensiver Prozess der Mythologisierung der sowjetischen Vergangenheit vonstatten geht. Wenn man vor einigen Jahren noch von Vergangenheitsnostalgie sprechen konnte, so wendet man sich dieser Vergangenheit heute vor allem auf der Suche nach „Bausteinen“ zu, mit deren Hilfe die alten Mythen auf ein neues Fundament gestellt werden sollen.

Wir werden Zeugen einer neuen Instrumentalisierung der Geschichte, wo solche Figuren, wie Stalin als Symbol der Stärke Russlands angesehen werden. Wir sehen, wie die in den 90-er Jahren halbgeöffneten Geheimarchive wieder verschlossen werden, wie – so wie in den 70er Jahren – die Jahrestage der Geheimdienste KGB-FSB gefeiert werden. Doch Staatliche Museen über die Geschichte des politischen Terrors gibt es immer noch nicht.

Was können die Historiker dem entgegenhalten?

Die Verewigung des Andenkens an die Opfer der Repressionen wurde zu einer der wichtigsten, aber zugleich schwierigsten Aufgaben der im Jahre 1988

gegründeten Gesellschaft Memorial. Damals stützte sich Memorial auf breite Kreise der gesellschaftlichen Reformbewegung. Diese Bewegung wurde getragen von Menschen verschiedener Generationen und Schicksale, die mitunter auch unterschiedliche politische Ansichten vertraten. Es waren nicht nur ehemalige politische Gefangene und ihre Angehörigen, sondern auch die Jugend, die sich zur Errichtung eines demokratischen und rechtsstaatlichen Systems in der UdSSR bekannte.

Die grundlegenden historischen und aufklärerischen Ziele und Aufgabe von Memorial können folgendermaßen formuliert werden:

- Wiederherstellung der historischen Wahrheit über die Verbrechen des totalitären Regimes, Öffnung des Zugangs zu Informationsquellen (Archive, Bestände von Bibliotheken und Museen);
- Bewahrung und Verewigung des Andenkens an die Opfer des Totalitarismus, Einsatz für die volle und öffentliche Rehabilitierung der Repressionsopfer, Einleitung von Maßnahmen zu deren Entschädigung;
- Juristischer Beistand für die Repressionsopfer und ihre Familienangehörigen.

So hat Memorial zu einer ihrer Hauptaufgaben gemacht, das zu sammeln und aufzubewahren, was das Schicksal der Opfer der politischen Repressionen in der UdSSR dokumentiert. Die Hauptrichtungen dieser Tätigkeit sind: die Feststellung und die Veröffentlichung von Namen aller Opfer, das Herausfinden von früheren Exekutionsplätzen und Massengräbern, das Errichten von Gedenktafeln.

In diesen Jahren ist sowohl das Archiv als auch das Museum von Memorial entstanden. Einen großen Wert stellen heute im Archiv von Memorial gelagerten rund 60.000 Akten über die Schicksale konkreter Menschen dar.

Die Museumssammlung von Memorial wurde Anfang der 90er Jahre ins Leben gerufen und beinhaltet heute Tausende von Exponaten. Das ist im heutigen Russland die *de facto* größte Sammlung von Gegenständen und Handwerksarbeiten, die im GULAG entstanden sind.

In den vergangenen fünfzehn Jahren wurden Dutzende von Projekten realisiert, hunderte von

Forschungsarbeiten und Artikel geschrieben, fast 2 Millionen Opfer der politischen Repressalien in den Totenbüchern erfasst, Sammelbände mit Dokumenten aus den sowjetischen Geheimarchiven und unzählige Erinnerungen der Opfer veröffentlicht.

Aber die gegenwärtige politische Entwicklung in Russland erschwert zunehmend diese historische und aufklärerische Arbeit.

Über die Autorin

Irina Scherbakowa ist Historikerin und Projektleiterin bei der Gesellschaft Memorial.

Auf Grund dessen und auch ihrer Ziele und Aufgaben hat die Gesellschaft Memorial in tiefer Besorgnis um gesellschaftliche Entwicklung in Russland das Papier verfasst, dass an das tragischste Datum der russischen Geschichte des 20. Jahrhunderts – an das Jahr 1937 – erinnert und die dringendsten Aufgaben, vor deren heute die russische Gesellschaft in diesem Zusammenhang gestellt wird, nennt.

Dokumentation

Das Jahr 1937 und die Gegenwart Thesen von „MEMORIAL“

Vor siebzig Jahren kam es auf Beschluss der höchsten Parteiorgane in der UdSSR zu einer der üblichen blutigen „Säuberungen“, die fast zwei Jahre andauerte. In der historischen Publizistik wird diese Verfolgungskampagne häufig als „Großer Terror“ bezeichnet; im Volk nennt man sie dagegen einfach „das Jahr 37“.

Die kommunistische Diktatur ging immer – sowohl vor als auch nach 1937 – mit politischen Verfolgungen einher. Gerade das Jahr 1937 wurde im Gedächtnis der Menschen indes zu einem unheilvollen Symbol für das System von Massenmorden, wie sie die Staatsmacht organisiert und durchgeführt hat. Das liegt offensichtlich daran, dass der Große Terror einige hervorstechende Charakterzüge aufweist, die seine besondere Stellung in der Geschichte und den überragenden Einfluss prägen, den er auf das Schicksal unseres Landes ausgeübt hat und immer noch ausübt.

Das Jahr 1937 – das ist das **gigantische Ausmaß an Repressionen**, die alle Regionen und ausnahmslos alle Schichten der Gesellschaft erfassten, von der obersten Führung des Landes bis hin zu Bauern und Arbeitern, die weit weg waren von aller Politik. In den Jahren 1937/38 wurden über 1,7 Millionen Menschen auf Grund politischer Anklagen verhaftet. Mit den Opfern von Deportationen und den als „sozial schädlichen Elementen“ Verurteilten liegt ihre Zahl bei über 2 Millionen.

Es ist die unglaubliche **Grausamkeit der Urteile**: Mehr als 700.000 Verhaftete wurden hingerichtet.

Es ist die **präzedenzlose Planmäßigkeit** der terroristischen „Spezialoperationen“. Die ganze Kampagne wurde von der höchsten politischen Führung der

UdSSR sorgfältig im Voraus geplant und stand unter ihrer ständigen Kontrolle. In Geheimbefehlen des NKWD wurden die Fristen für die Durchführung der einzelnen Operationen, die Gruppen und Kategorien der Bevölkerung, die für die „Säuberung“ vorgesehen waren, und ebenso die „Limite“ festgelegt – die Planziffern für Verhaftungen und Erschießungen in jeder Region. Jegliche Änderungen, jegliche „Initiativen von unten“ mussten mit Moskau abgestimmt und von dort absegnet werden.

Aber für den Großteil der Bevölkerung, der den Inhalt dieser Befehle nicht kannte, war die Logik der Verhaftungen rätselhaft und unerklärlich, sie war nicht mit dem gesunden Menschenverstand zu erfassen. In den Augen der Zeitgenossen erschien der Große Terror wie eine **gigantische Lotterie**. Die fast mystische Unfassbarkeit des Geschehens löste besonderen Schrecken aus und bewirkte bei Millionen von Menschen ein Gefühl der Unsicherheit in Bezug auf ihr eigenes Schicksal.

Die groß angelegten Verfolgungen betrafen insbesondere die Repräsentanten der neuen sowjetischen Eliten – der politischen, militärischen und wirtschaftlichen. Die Abrechnung mit Personen, deren Namen dem ganzen Land bekannt waren (gerade von ihnen berichteten die Zeitungen in erster Linie) und an deren Loyalität zu zweifeln es keinerlei Anlass gab, ließen die Panik und Massenpsychose nur noch ansteigen. Später entstand sogar der Mythos, der Große Terror habe sich ausschließlich gegen die alten Bolschewiki und die Staats- und Parteispitzen gerich-

tet. In Wirklichkeit waren die meisten Verhafteten und Erschossenen einfache sowjetische Bürger, die parteilos waren und keinerlei Eliten angehörten.

Das Jahr 1937 – das sind **Fälschungen von Anklagen in einem in der Weltgeschichte bis dahin unbekanntem Ausmaß**. Die Möglichkeit einer Verhaftung leitete sich 1937/38 hauptsächlich von der Zugehörigkeit zu einer beliebigen Bevölkerungskategorie her, die in einem der „operativen Befehle“ des NKWD genannt war, oder aus Kontakten – dienstlichen, verwandtschaftlichen oder freundschaftlichen – mit Personen, die bereits verhaftet waren. Die individuelle „Schuld“ zu formulieren war Sache der Untersuchungsrichter. Deshalb wurden gegen Tausende und Abertausende Verhafteter phantastische Anklagen wegen „konterrevolutionärer Verschwörung“, „Spionage“, „Vorbereitung von Terrorakten“, „Diversionen“ usw. erhoben.

Das Jahr 1937 ist die **Renaissance der Normen des mittelalterlichen Inquisitionsprozesses im 20. Jahrhundert** mit all seinen traditionellen Attributen: mit Fernurteilen (in den weitaus meisten Fällen), mit Scheingerichtsverfahren, dem Fehlen einer Verteidigung, der faktischen Vereinigung der Rollen von Untersuchungsrichter, Ankläger, Richter und Henker in einer einzigen Behörde. Wie schon zu Zeiten der Inquisition, diente wiederum das rituelle „**Schuldbekennnis**“ des Häftlings als Hauptbeweismittel. Das Bestreben, ein Geständnis zu erhalten, führte in Verbindung mit der Willkür und Phantastik der Anklagen zu **massenhafter Anwendung der Folter**; im Sommer 1937 wurde die Folter **offiziell sanktioniert** und als Untersuchungsmethode empfohlen.

Das Jahr 1937 – das sind die **außerordentlichen und geschlossenen Gerichtsverfahren**. Es ist das **Geheimnis**, von dem die Ausübung der „Rechtssprechung“ umwoben war, die undurchdringliche Geheimhaltung um die Erschießungsplätze und die Bestattungsorte der Hingerichteten. Es ist die systematische langjährige **offizielle Lüge** über das Schicksal der Erschossenen: zuerst über die legendären „Lager ohne Korrespondenzerlaubnis“, dann über den Tod, angeblich in Folge einer Krankheit, unter Angabe gefälschter Todesdaten und –orte.

Das Jahr 1937 – das ist die Kollektivhaftung, die die Stalinsche Führung dem gesamten Volk auferlegen wollte. Landesweit fanden Versammlungen statt, auf denen die Menschen gezwungen wurden, der öffentlichen Lüge über die entlarvten und unschädlich gemachten „Volksfeinde“ stürmischen Beifall zu zollen. Kinder wurden gezwungen, sich von ihren verhafteten Eltern loszusagen, und Frauen von ihren Männern.

Das sind Millionen zerschlagener Familien. Die verhängnisvolle Abkürzung „TschIR“ – „Familienmitglied eines Vaterlandsverrätters“ – war für 20.000 Witwen, deren Männer auf Beschluss des Militärkollegiums des Obersten Gerichts hingerichtet worden waren, gleichbedeutend mit der Verurteilung zur Haft in Speziallagern. Das waren Hunderttausende von „Waisen des Jahres 1937“ – Menschen mit einer gestohlenen Kindheit und zerbrochenen Jugend.

Es ist die endgültige **Entwertung des Werts des menschlichen Lebens und der Freiheit**. Es ist der Kult des „Tschekismus“, die Romantisierung der Gewalt, das vergöttlichte Idol des Staates. Es ist die Epoche, in der im Bewusstsein des Volkes alle Rechtsbegriffe vollständig hinweggefegt wurden.

Schließlich ist das Jahr 1937 eine geradezu phantastische Kombination **bacchanalischer Terrors mit einem hemmungslosen Propagandafeldzug**, der die sowjetische Demokratie als die weltweit vollkommenste und die sowjetische Verfassung als die weltweit demokratischste sowie die großen Errungenschaften und Heldentaten des sowjetischen Volkes in der Arbeit pries. Gerade 1937 bildete sich endgültig eine typische Eigenschaft der sowjetischen Gesellschaft heraus, nämlich das **Doppeldenken**, eine Folge der Spaltung der Realität, die dem gesellschaftlichen und individuellen Bewusstsein durch die Propaganda aufgezwungen wurde.

Auch jetzt, siebenzig Jahre später, ist der verhängnisvolle Einfluss der Katastrophe der Jahre 1937/38 sowie des ganzen Systems staatlicher Gewalt, deren Symbol und Quintessenz diese Jahre geworden sind, in den Stereotypen des öffentlichen Lebens und der Staatspolitik Russlands und der anderen Länder, die auf den Ruinen der UdSSR entstanden sind, deutlich zu erkennen. Diese Katastrophe ist in das Unterbewusstsein der Massen gleichermaßen wie in das individuelle eingegangen, sie hat die Psychologie der Menschen zerrüttet, sie hat verschleppte Krankheiten unserer Mentalität verschlimmert, die noch vom Russischen Reich stammen, und neue gefährliche Komplexe erzeugt.

Die Empfindung der Nichtigkeit des menschlichen Lebens und der Freiheit vor dem Götzen der Macht – das ist eine nicht bewältigte Folge des Großen Terrors.

Die Gewöhnung an die „gelenkte Rechtssprechung“ – Justizorgane, die ihre Tätigkeit nicht nach der Norm des Gesetzes richten, sondern nach den Befehlen der Obrigkeit – das ist eine offensichtliche Erbschaft des Großen Terrors.

Die Imitation des demokratischen Prozesses bei gleichzeitiger Beschneidung der elementaren

demokratischen Institutionen und unverhohlener Missachtung der menschlichen Rechte und Freiheiten, Verletzungen der Verfassung, die mit Beschwörungen der unverbrüchlichen Treue zur Verfassungsordnung einhergehen – das ist das Gesellschaftsmodell, das gerade während des Großen Terrors erstmals erfolgreich erprobt wurde.

Die reflektorische Ablehnung unabhängiger gesellschaftlicher Aktivität seitens des heutigen bürokratischen Apparats, die nicht endenden Versuche, sie strenger staatlicher Kontrolle zu unterwerfen – das ist ebenfalls ein Ergebnis des Großen Terrors, als das bolschewistische Regime einen Schlusspunkt unter die langjährige Geschichte seines Kampfes gegen die bürgerliche Gesellschaft setzte. Gegen 1937 waren alle kollektiven Formen des gesellschaftlichen Lebens in der UdSSR – des kulturellen, wissenschaftlichen, sozialen usw., vom politischen zu schweigen – bereits liquidiert oder durch Imitationen, Nachbildungen ersetzt; danach konnte man die Menschen einzeln vernichten, und zugleich alle Vorstellungen von Unabhängigkeit, ziviler Verantwortung und menschlicher Solidarität aus dem gesellschaftlichen Bewusstsein eliminieren.

Die Wiederbelebung der alten Konzeption von der „feindlichen Einkreisung“ in der gegenwärtigen russischen Politik – der ideologischen Basis und propagandistischen Absicherung des Großen Terrors, Misstrauen und Feindseligkeit gegenüber allem Ausländischen, die hysterische Suche nach „Feinden“ im Ausland und einer „Fünften Kolonne“ im Inland und andere Stalinsche ideologische Schablonen, die eine Wiedergeburt in neuem politischen Kontext erleben – dies alles zeugt von dem nicht überwundenen Erbe von 1937 in unserem politischen und gesellschaftlichen Leben.

Die Leichtigkeit, mit der in unserer Gesellschaft Nationalismus und Xenophobie entstehen und gedeihen, ist ohne Zweifel nicht zuletzt ein Relikt der „nationalen Spezialoperationen“ der Jahre 1937 und 1938 sowie der Deportationen ganzer Völker in den Kriegsjahren, die man des Verrats beschuldigte, sowie ein Relikt des „Kampfes gegen den Kosmopolitismus“, der „Ärzteaffäre“ und der damit einhergehenden Propagandakampagnen.

Der **intellektuelle Konformismus**, die Angst vor jeglichem „Anderssein“, die fehlende Gewöhnung an freies und unabhängiges Denken, die Nachgiebigkeit gegenüber der Lüge – das sind in vieler Hinsicht Resultate des Großen Terrors.

Hemmungsloser **Zynismus** ist die Kehrseite des Doppeldenkens, die Wolfsmoral des Lagers („Stirb du heute, ich erst morgen“), der Verlust traditionel-

ler Familienwerte – auch diese unsere Probleme sind Folgen der Schule des Großen Terrors sowie des GULAG.

Die katastrophale **Isoliertheit** der Menschen, der Herdentrieb, der den Kollektivismus abgelöst hat, der schmerzliche Mangel an menschlicher Solidarität – dies alles sind Resultate der Verfolgungen, Deportationen, Zwangsumsiedlungen, es sind Resultate des Großen Terrors, dessen Ziel ja gerade in der Aufsplitterung der Gesellschaft in Atome, der Umwandlung des Volkes in eine „Bevölkerung“ bestand, in eine Masse, die sich leicht und einfach lenken lässt.

Natürlich wirkt sich das Erbe des Großen Terrors heute nicht in Massenverhaftungen aus und wird dies auch schwerlich tun – wir leben in einer ganz anderen Epoche. Aber dieses Erbe, dessen sich die Gesellschaft nicht bewusst wird und das sie somit auch nicht überwindet, kann leicht eine „Leiche im Keller“ werden, zum Fluch heutiger und künftiger Generationen, der mitunter in staatlichem Größenwahn, dann wiederum in Anfällen von Spionomanie sowie in Rückfällen in repressive Politik zum Ausbruch kommt.

Was ist im Sinne einer Klärung und Überwindung der verhängnisvollen Erfahrung von 1937 zu tun?

Die letzten anderthalb Jahrzehnte haben gezeigt, dass eine **öffentliche Untersuchung des politischen Terrors der sowjetischen Periode von Rechtspositionen aus unabdingbar ist**. Die terroristische Politik der damaligen Führer des Landes und vor allem des Generalideologen und obersten Organisators des Terrors, Jossif Stalin, und die konkreten, von ihm begangenen Verbrechen müssen eine eindeutige juristische Bewertung erhalten. Nur eine solche Bewertung kann als Ausgangspunkt, als Grundstein des rechtlichen und historischen Bewusstseins, als Fundament für die weitere Aufarbeitung der Vergangenheit dienen. Im gegenteiligen Fall wird das Verhältnis der Gesellschaft zu den Ereignissen der Epoche des Terrors zwangsläufig je nach den Veränderungen in der politischen Konjunktur schwanken, und das Gespenst des Stalinismus wird periodisch wieder aufleben und Gestalt annehmen, sei es in Büsten des Diktators in den Straßen unserer Städte, sei es in Form von Rückfällen in die Stalinschen politischen Praktiken in unserem Leben.

Wahrscheinlich bedarf es zur Durchführung einer vollwertigen Gerichtsverhandlung eines speziellen Gerichtsorgans – Präzedenzfälle in der weltweiten juristischen Praxis sind bekannt.

Leider zeigt sich bisher die entgegengesetzte Tendenz: 2005 hat die Staatsduma der Russischen Föderation aus der Präambel des Rehabilitierungsgesetzes von

1991 die einzige in der russischen Gesetzgebung vorhandene Formulierung gestrichen, in der von dem „moralischen Schaden“ die Rede ist, der den Opfern des Terrors zugefügt worden ist. Dieser Schritt bedarf keiner sittlichen und politischen Bewertung – er spricht für sich. Die Worte über den moralischen Schaden müssen **wieder in den Gesetzestext eingefügt werden**. Das muss nicht nur im Namen des Andenkens an die Ermordeten geschehen, sondern auch um der Selbstachtung willen und um die Beleidigung zu tilgen, die einigen Zehntausenden sehr alten Menschen zugefügt worden ist, den überlebenden GULAG-Häftlingen und Hunderttausenden Verwandten der Opfer des Terrors.

Die rechtliche Bewertung des Terrors ist ein wichtiger Schritt, der indes nicht ausreicht.

Es müssen günstige Bedingungen zur Fortsetzung und Ausweitung der Forschungsarbeit über die Geschichte des staatlichen Terrors in der UdSSR geschaffen werden. Vor allem sind alle derzeit geltenden künstlichen und unbegründeten **Zugangsbeschränkungen zu Archivmaterialien, die mit politischen Verfolgungen in Zusammenhang stehen, aufzuheben**.

Das zeitgenössische historische Wissen über die Epoche des Terrors muss Allgemeingut werden: Es sind endlich Geschichtslehrbücher für Schulen und Universitäten zu verfassen, in denen die politischen Verfolgungen und insbesondere der Große Terror ausreichend, ihrer historischen Bedeutung entsprechend, behandelt werden. Die Geschichte des sowjetischen Terrors muss nicht nur ein obligatorischer und wichtiger Teil der Schulbildung werden, sondern auch Gegenstand ernsthafter Bemühungen im Bereich der Volksbildung im weiten Sinne des Wortes. **Auf den staatlichen Fernsehkanälen** müssen Aufklärungs- und Kulturprogramme zu diesem Thema ausgestrahlt werden; **Editionsprojekte** zur Publikation wissenschaftlicher, aufklärender sowie Erinnerungs-Literatur zur Epoche des Terrors sind **von staatlicher Seite zu unterstützen**.

Dringendes Desiderat ist ein **gesamtnationales Museum zur Geschichte des Staatsterrors**, das in Status und Niveau dem Ausmaß der Tragödie gerecht wird, und dieses soll ein methodisches und wissenschaftliches Zentrum für die Museumsarbeit zu diesem Thema werden. Die Geschichte des Terrors und des GULAG muss in allen **historischen und landeskundlichen Museen** des Landes gezeigt werden, so, wie dies beispielsweise bei der anderen großen historischen Tragödie, dem Großen Vaterländischen Krieg, der Fall ist.

In Moskau ist ein **gesamtnationales Denkmal für die Ermordeten** zu errichten, und zwar vom Staat

und im Namen des Staates. Ein solches Denkmal verspricht man uns bereits seit 45 Jahren; es ist an der Zeit, das Versprechen einzulösen. Aber das genügt nicht: Denkmäler für die Opfer des Terrors muss es im ganzen Lande geben. Leider ist bisher in vielen Städten das Gedenken an die Opfer über Grundsteine, die vor 15 bis 18 Jahren aufgestellt wurden, nicht hinausgekommen.

Landesweit müssen **Gedenkzeichen und Gedenktafeln** die Orte kennzeichnen, die mit der Infrastruktur des Terrors verbunden sind: an erhalten gebliebenen Gebäuden von Untersuchungs- und Transitgefängnissen, Politisolatoren, NKWD- und GULAG-Verwaltungen usw. Gedenkzeichen, Hinweisschilder und Informationstafeln sind auch an Standorten großer Lagerkomplexe anzubringen, an Betrieben, die mit Häftlingsarbeit geschaffen wurden, sowie auf Straßen, die zu noch vorhandenen Ruinen von Lagerzonen führen.

Benennungen von Straßen und Plätzen, ja sogar von Ortschaften, die auf Staatsfunktionäre zurückgehen, die den Terror organisiert und aktiv daran mitgewirkt haben, müssen beseitigt werden. **Die Ortsbezeichnungen dürfen keine Zone der Verewigung des Gedenkens der Verbrecher bleiben**.

Es bedarf eines staatlichen Programms, um **Gedenkbücher für die Opfer der politischen Verfolgungen** in allen Subjekten der Russischen Föderation zu erstellen und herauszugeben. Derzeit geschieht dies nur in einigen Regionen Russlands. Nach annähernden Schätzungen enthält die Liste der Namen, die in diesen Büchern aufgeführt sind, bis zum heutigen Tage nicht mehr als 20 Prozent der Gesamtzahl der Personen, die politischen Verfolgungen ausgesetzt waren.

Es ist baldmöglichst ein gesamt-russisches oder sogar zwischenstaatliches **Programm für die Suche nach Bestattungsorten von Opfern des Terrors** zu konzipieren und umzusetzen, um dort **Gedenkstätten** einzurichten. Das ist weniger ein Problem der Bildung und Aufklärung als ein moralisches. Auf dem Territorium der ehemaligen UdSSR finden sich viele Hunderte Erschießungsgräben und Massengräber, wo man die Hingerichteten heimlich verscharrt hat, Tausende von Lager- und Sondersiedlungsfriedhöfen, die ganz oder zum Teil zerstört sind, sowie solche, von denen lediglich Spuren geblieben sind; von Tausenden von Friedhöfen sind nicht einmal mehr Spuren geblieben.

All dies würde das Gedenken an eine der größten humanitären Katastrophen des 20. Jahrhunderts fördern und dazu dienen, eine stabile Immunität gegen totalitäre Stereotype zu entwickeln.

Das Gesagte bezieht sich in erster Linie auf Russland, den Rechtsnachfolger der UdSSR, die größte der ehemaligen Sowjetrepubliken, das Land, in dessen Hauptstadt sich das Zentrum für die Planung der Terrorkampagnen befand, von wo diese ihren Anfang nahmen und wo die Mechanismen des Terrors geleitet wurden, das Land, dessen Territorium den wesentlichen Teil des GULAG-Imperiums beherbergte.

Allerdings ist sehr vieles von dem, was getan werden muss, im gesamten Raum der ehemaligen UdSSR zu tun, am besten in gemeinsamen Anstrengungen unserer Länder. Die Geschichte des Terrors wird in den heutigen postsowjetischen Staaten unterschiedlich interpretiert und behandelt. Das ist natürlich. Aber es ist von grundsätzlicher Bedeutung, dass aus diesen Unterschieden ein Dialog entsteht. Ein Dialog der nationalen Erinnerungen ist ein wichtiger und notwendiger Teil der Klärung der historischen Wahrheit; schlecht ist nur, wenn er in wechselseitige Vorwürfe ausartet, in Versuche, die historische (und folglich die zivile) Verantwortung von sich auf den „anderen“ abzuwälzen. Leider wird gerade die Geschichte des sowjetischen Terrors sehr häufig zu einem Instrument aktueller zwischenstaatlicher politischer Abrechnungen, und eine ehrliche gemeinsame Arbeit an der gemeinsamen Vergangenheit wird ersetzt durch eine Auflistung gegenseitiger Kränkungen, durch Abrechnungen und Vorbehalte.

Deshalb muss das **komplexe Programm**, das sich der tragischen Erfahrung der Vergangenheit widmet, am ehesten ein **internationales und zwischenstaatliches** sein. Das betrifft sowohl die historischen Forschungen als auch die Herausgabe von Gedenkbüchern und die Errichtung von Gedenkstätten an Bestattungsorten, und vieles andere mehr – vielleicht auch die Verfassung von Lehrbüchern. Die Erinnerung an den Terror ist unseren Völkern gemeinsam. Sie trennt uns nicht, sondern verbindet uns, auch deshalb, weil es nicht nur die Erinnerung an Verbrechen ist, sondern auch die an gemeinsamen Widerstand gegen die Maschinerie der Morde, die Erinnerung an internationale Solidarität und gegenseitige menschliche Hilfe.

Natürlich entsteht die Erinnerung an die Vergangenheit nicht mit Hilfe von Erlassen und Regierungsbeschlüssen. Historisches Gedenken kann sich nur in breiten öffentlichen Diskussionen entwickeln. Je weiter die Zeit fortschreitet, desto deutlicher wird es, dass eine solche Diskussion dringend erforderlich ist.

Die Aufarbeitung des Großen Terrors und darüber hinaus der gesamten Erfahrung der sowjetischen Geschichte ist nicht nur für Russland und nicht nur

für die Länder notwendig, die zu UdSSR oder zum „sozialistischen Lager“ gehörten. Dieser Diskussion bedürfen alle Länder und Völker, die gesamte Menschheit, denn die Ereignisse des Großen Terrors fanden ihren Niederschlag nicht nur in der sowjetischen, sondern in der Weltgeschichte. **GULAG, Kolyma, 1937 – das sind ebensolche Symbole des 20. Jahrhunderts wie Auschwitz und Hiroshima.** Sie gehen über die Grenzen des historischen Schicksals der UdSSR oder Russlands hinaus und werden zu einem Zeugnis für die Brüchigkeit und Labilität der menschlichen Zivilisation, für die Relativität der Errungenschaften des Fortschritts, zu einer Warnung vor der Möglichkeit künftiger katastrophaler Rückfälle in die Barbarei. Deshalb muss die Diskussion über den Großen Terror ebenfalls über den nationalen Rahmen hinausgehen, ebenso wie bei einigen der oben genannten humanitären Katastrophen muss sie zum Gegenstand einer gesamt menschlichen Reflexion werden. Aber den Anstoß für diese Diskussion muss natürlich das öffentliche Denken in jenen Ländern geben, die Teile der UdSSR waren, in erster Linie in Russland.

Leider ist gerade in Russland die Bereitschaft der Gesellschaft, die Wahrheit über ihre Geschichte zu erfahren und zu akzeptieren, die Ende der 1980er Jahre ziemlich groß schien, in den 1990er Jahren der Gleichgültigkeit, Apathie und dem Unwillen gewichen, „in der Vergangenheit zu graben“. Es gibt auch Kräfte, die direkt daran interessiert sind, dass es zu diesem Thema keine Diskussionen mehr gibt. Im öffentlichen Bewusstsein und in der Staatspolitik verstärken sich Tendenzen, die einem freien und offenen Gespräch über unsere jüngste Geschichte alles andere als förderlich sind. Diese Tendenzen fanden Ausdruck in der offiziellen, wenn auch nicht immer deutlich formulierten Konzeption der vaterländischen Geschichte ausschließlich im Sinne „unserer ruhmreichen Vergangenheit“.

Es heißt, dass eine Aktualisierung der Erinnerung an Verbrechen, die der Staat in der Vergangenheit begangen hat, einer nationalen Konsolidierung im Wege stehe (oder, um es in der Sprache der totalitären Epoche auszudrücken, „die moralisch-politische Einheit des sowjetischen Volkes untergräbt“).

Es heißt, diese Erinnerung schade dem Prozess der nationalen Wiedergeburt.

Es heißt, dass wir in erster Linie der heroischen Errungenschaften und Heldentaten des Volkes im Namen der großen und ewigen Staatsmacht gedenken sollen.

Es heißt, dass das Volk diese Erinnerung nicht will, sondern sie ablehnt.

Und in der Tat, einem bedeutenden Teil unserer Mitbürger fällt es leichter, angenehme und

beruhigende Mythen zu akzeptieren als nüchtern ihre tragische Geschichte zu betrachten und sie im Namen des Künftigen aufzuarbeiten. Wir verstehen, warum das so ist: Eine ehrliche Aufarbeitung der Vergangenheit legt auf die Schultern der heute lebenden Generationen eine immense und ungewohnte Last historischer und ziviler Verantwortung. Aber wir sind überzeugt: **Wenn wir diese tatsächlich sehr schwere Last der Verantwortung für die Vergangenheit nicht auf uns nehmen, wird es keinerlei nationale**

Konsolidierung und keinerlei Wiedergeburt für uns geben.

Am Vorabend eines der furchtbarsten Jahrestage unserer gemeinsamen Geschichte ruft „Memorial“ alle, denen die Zukunft unseres Landes und unserer Völker teuer ist, dazu auf, sich intensiv mit der Vergangenheit zu befassen und sich zu bemühen, die Lehren daraus zu ziehen.

Internationale Gesellschaft MEMORIAL

Über die Gesellschaft „Memorial“

MEMORIAL ist eine internationale Nichtregierungsorganisation, die auf dem Gebiet der Menschenrechte tätig ist und über 80 nationale und regionale Organisationen in sieben Ländern (Russland, Ukraine, Weißrussland, Kasachstan, Lettland, Polen, Deutschland) umfasst. Die Gesellschaft entstand als Bürgerrechtsbewegung während der Perestrojka-Zeit in der früheren Sowjetunion mit dem Ziel, die Auswirkungen der Gewaltherrschaft des Stalinismus aufzuarbeiten und der Opfer zu gedenken. Der erste Vorsitzende der Gesellschaft war der Atomphysiker und Dissident Andrej Sacharow.

Tabellen und Grafiken

Bewertung der politischen Führer Russlands im 20. Jahrhundert (Mai 2006)

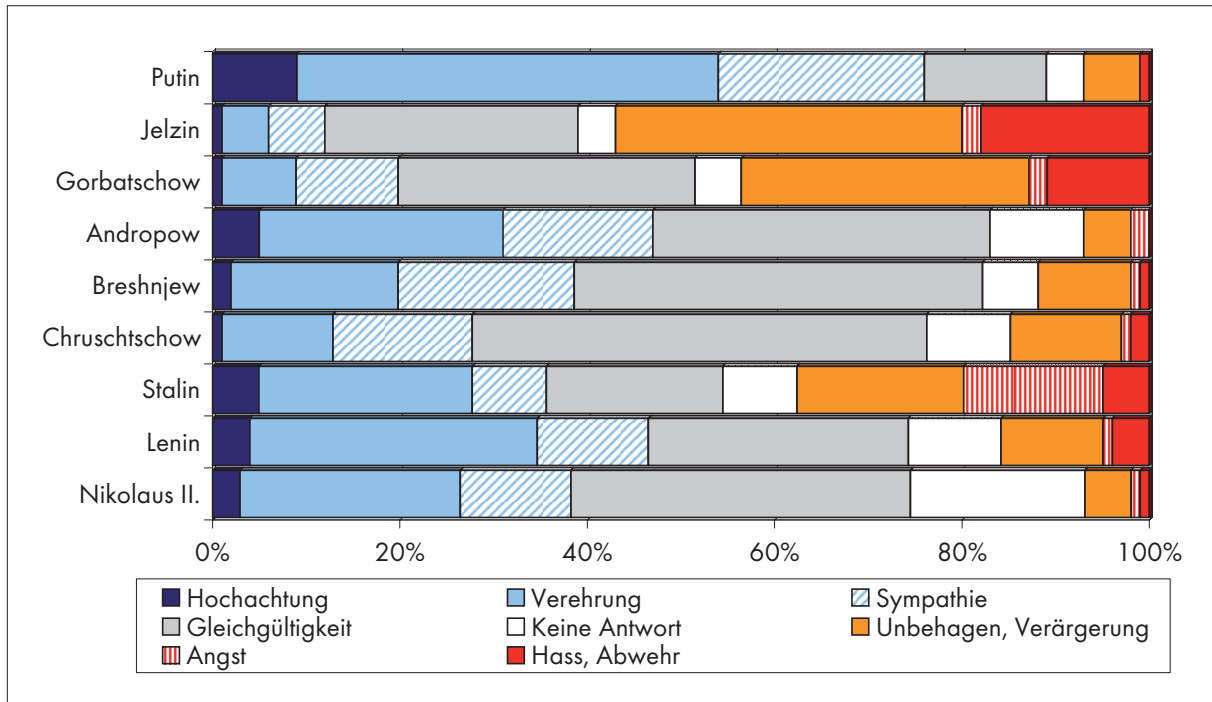
Die Bewertung der Rolle Stalins 1999–2005

Mit welchem der folgenden Urteile stimmen Sie am ehesten überein (bis zu drei Angaben möglich)

	1999	2004	2005
Welche Fehler und Sünden Stalin auch immer zugeschrieben werden, das wichtigste ist, dass unser Volk unter seiner Führung den Großen Vaterländischen Krieg (1941–1945) gewonnen hat	32%	29%	32%
Stalin war ein grausamer, entmenschter Tyrann, der die Verantwortung für die Vernichtung von Millionen von Menschen trägt	32%	31%	29%
Nur ein harter Herrschaft konnte im Land vor 50–70 Jahren unter den Bedingungen des verschärften Klassenkampfes und der auswärtigen Bedrohung die Ordnung aufrechterhalten	21%	16%	22%
Stalin war ein weiser Führer, der die UdSSR zu Macht und Blüte geführt hat	20%	21%	21%
Die Politik Stalins (Vernichtung der Militärs, Verschwörung mit Hitler) führte dazu, dass das Land 1941 unvorbereitet in den Krieg ging und zog schwerste Verluste nach sich	18%	15%	18%
Unser Volk kann niemals ohne einen Führer vom Typ Stalins auskommen, früher oder später kommt er und schafft Ordnung	18%	16%	15%
Stalin fälschte die Ideen Lenins und schuf ein System, das weit von den Idealen des echten Sozialismus entfernt war	8%	9%	9%
Stalin führte die Sache Lenins und der anderen revolutionären Bolschewiki fort	6%	8%	8%
Stalin wird von Leuten verleumdet, denen die Interessen des russischen Volkes und unseres Staates fremd sind	5%	5%	4%
Wir wissen die Wahrheit über Stalin und seine Handlungen noch nicht	30%	33%	35%
Keine Antwort	8%	5%	5%

Quelle: Umfragen des Levada-Zentrums aus dem Jahr 2005 <Nach: <http://www.levada.ru./press/2005122100.html>>

Was empfinden Sie gegenüber ...
(Umfrage des Lewada-Zentrums im Mai 2006)



Was empfinden Sie gegenüber ...

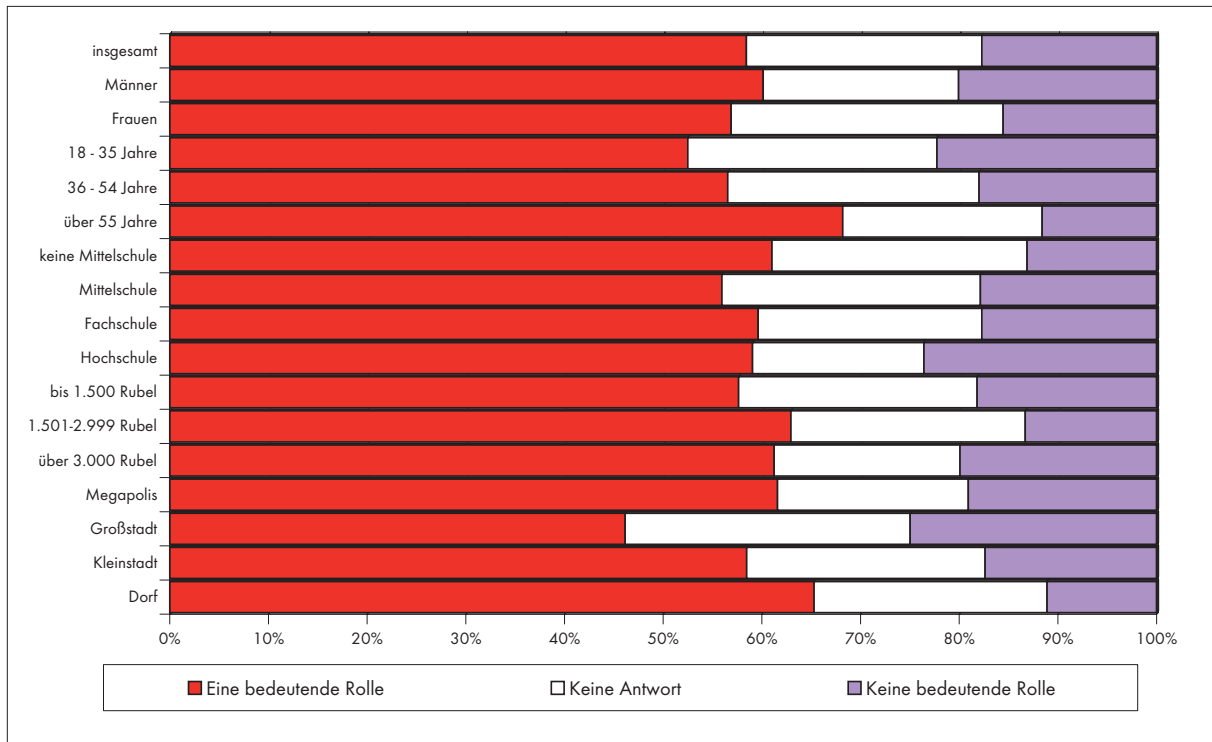
	Hochachtung	Verehrung	Sympathie	Gleichgültigkeit	Unbehagen, Verärgerung	Angst	Hass, Abwehr	Keine Antwort
Nikolaus II.	3%	24%	12%	37%	5%	1%	1%	19%
Lenin	4%	31%	12%	28%	11%	1%	4%	10%
Stalin	5%	23%	8%	19%	18%	15%	5%	8%
Chruschtschow	1%	12%	15%	49%	12%	1%	2%	9%
Breshnjew	2%	18%	19%	44%	10%	1%	1%	6%
Andropow	5%	26%	16%	36%	5%	2%	0%	10%
Gorbatschow	1%	8%	11%	32%	31%	2%	11%	5%
Jelzin	1%	5%	6%	27%	37%	2%	18%	4%
Putin	9%	45%	22%	13%	6%	0%	1%	4%

Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums <<http://www.levada.ru./press/2006051001.html>>

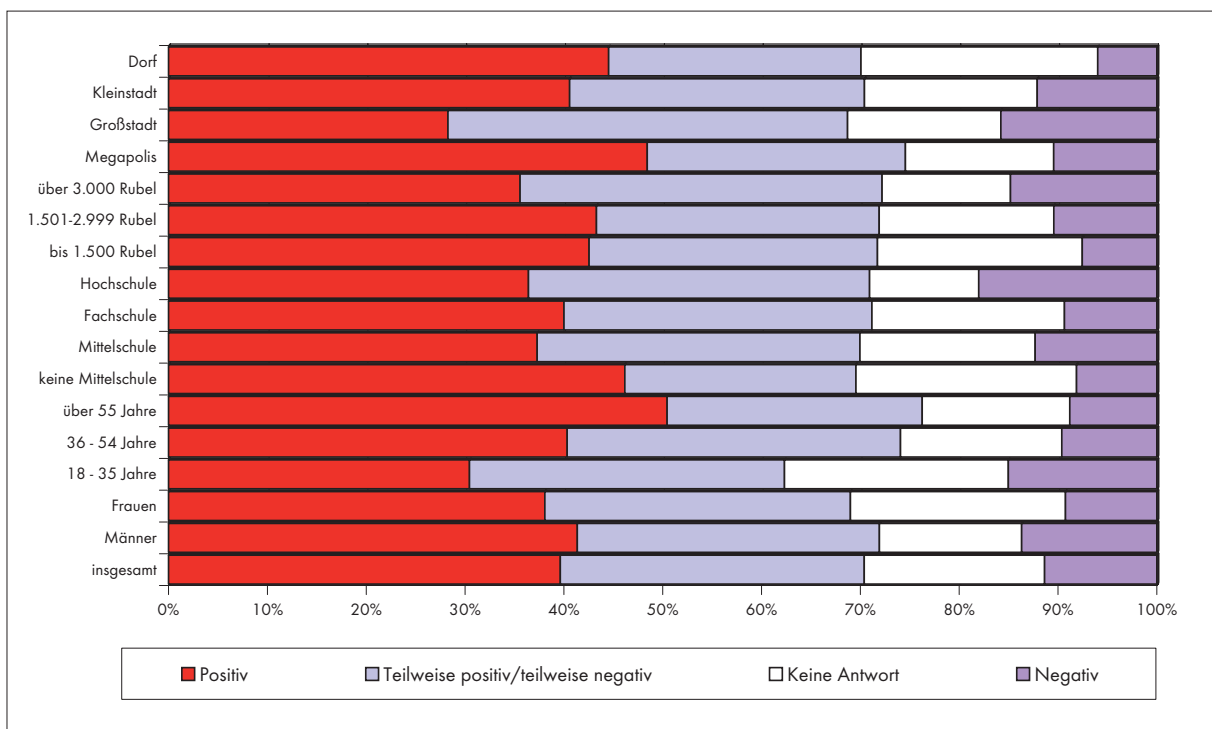
Die Rolle Stalins im Krieg

Quelle: Umfrage der „Stiftung Öffentliche Meinung“ (FOM) vom 23.–24.4.2005 <<http://bd.fom.ru/zip/tb0517.zip>>

Hat Stalin beim Sieg der UdSSR im Großen Vaterländischen Krieg eine bedeutende Rolle gespielt ?



Wie bewerten Sie Stalin als Führer des Landes im Großen Vaterländischen Krieg ?

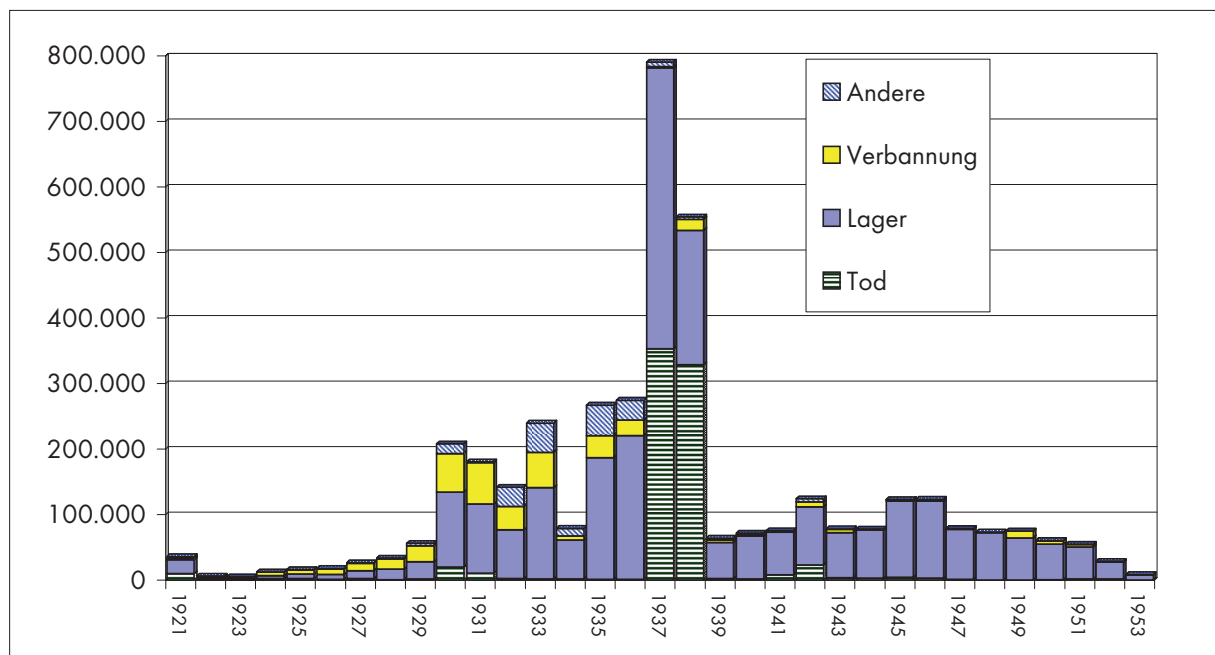


Die Opfer Stalinscher Verbrechen

Der Versuch, die Stalinschen Repressionen in ihrer demographischen Dimension zu fassen, ist wiederholt unternommen worden. Die Diskussion um die Bevölkerungsverluste wurde lange durch das Fehlen von Daten zur Volkszählung von 1937 und der Unsicherheit über die Verlässlichkeit der Daten von 1939 behindert. Der Versuch, auf Basis der Zählung der Stadtbevölkerung von 1926 und der Volkszählung von 1959 Geburts- und Sterberaten für die dreißiger Jahre zu ermitteln, konnte eindeutige Ergebnisse nicht erbringen. Erkennbar – und von sowjetischen Demographen bestätigt – war jedoch ein deutliches Ansteigen der Mortalitätsrate in den Jahren der Kollektivierung und der durch sie ausgelösten Hungersnot. Die Publikation von Teildaten der Bevölkerungszählung von 1937 hat dann Ende der achtziger Jahre erstmalig Möglichkeiten für genauere Berechnungen geschaffen. Einen Versuch unternahm W. Zaplin, der Direktor des Zentralen Volkswirtschaftsarchiv der UdSSR. Er berechnete auf Basis der Archivunterlagen für den Zeitraum von 1927 bis 1936 die Bevölkerungsverluste durch ‚vorfristigen Tod‘ und Emigration auf 8,6 Millionen Menschen. 2 Millionen davon haben nach Caplin die UdSSR in diesem Zeitraum verlassen, mindestens 3,8 Millionen starben während der Hungersnot 1932/33 und mindestens 1,5 Millionen in den Lagern. Weitere 1,3 Millionen Tote sind nicht eindeutig einer der beiden letzten Kategorien zuzuordnen. Insgesamt sind zwischen 1927 und 1936 also wenigstens 6,6 Millionen in der einen oder anderen Form durch Maßnahmen des Regime getötet worden. Auf Grundlage korrigierter Volkszählungsdaten für 1939 berechnet Caplin dann die Todesfälle für den Zeitraum 1927–1938 auf 7,9 Millionen. Danach hätten die Repressionen der Jahre 1936–1938 allein 1,3 Millionen Menschen das Leben gekostet.

Die im folgenden aufgeführten Daten basieren auf Archivrecherchen, die aber noch lange nicht abgeschlossen sind. So liegen gegenwärtig noch nicht für alle Kategorien des Strafvollzugs und der Verschickung Daten vor. Sie geben aber schon einen Eindruck von der Ungeheuerlichkeit Stalinscher Verbrechen.

Verurteilungen durch die Sicherheitsorgane 1921–1953

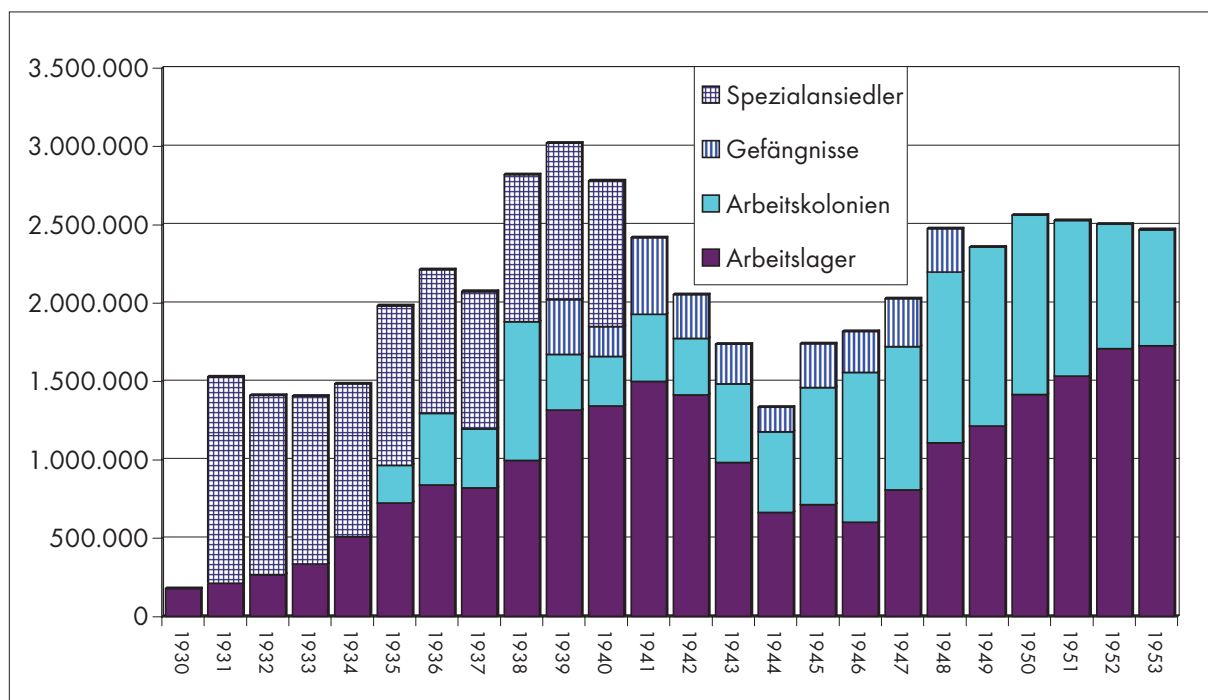


Urteile durch Sicherheitsorgane 1921–1953

Jahr	Tod	Lager	Verbannung	Andere	Zusammen	Jährlicher Zuwachs	im Vergleich zu
							1925
			absolut	in %			
1921	9.701	21.724	1.817	2.587	35.829		224,0%
1922	1.962	2.656	166	1.219	6.003	-83,2%	37,5%
1923	414	2.336	2.044	--	4.794	-20,1%	30,0%
1924	2.550	4.151	5.724	--	12.425	159,2%	77,7%
1925	2.433	6.851	6.274	437	15.995	28,7%	100,0%
1926	990	7.547	8.571	696	17.804	11,3%	111,3%
1927	2.363	12.267	11.235	171	26.036	46,2%	162,8%
1928	869	16.211	15.640	1.037	33.757	29,7%	211,0%
1929	2.109	25.853	24.517	3.741	56.220	66,5%	351,5%
1930	20.201	114.443	58.816	14.609	208.069	270,1%	1.300,8%
1931	10.651	105.683	63.269	1.093	180.696	-13,2%	1.129,7%
1932	2.728	73.946	36.017	29.228	141.919	-21,5%	887,3%
1933	2.154	138.903	54.262	44.345	239.664	68,9%	1.498,4%
1934	2.056	59.451	5.994	11.498	78.999	-67,0%	493,9%
1935	1.229	185.846	33.601	46.400	267.076	238,1%	1.669,7%
1936	1.118	219.418	23.719	30.415	274.670	2,8%	1.717,2%
1937	353.074	429.311	1.366	6.914	790.665	187,9%	4.943,2%
1938	328.618	205.509	16.842	3.289	554.258	-29,9%	3.465,2%
1939	2.552	54.666	3.783	2.888	63.889	-88,5%	399,4%
1940	1.649	65.727	2.142	2.288	71.806	12,4%	448,9%
1941	8.011	65.000	1.200	1.210	75.421	5,0%	471,5%
1942	23.278	88.809	7.070	5.249	124.406	64,9%	777,8%
1943	3.579	68.887	4.787	1.188	78.441	-36,9%	490,4%
1944	3.029	73.610	649	821	78.109	-0,4%	488,3%
1945	4.252	116.681	1.647	668	123.248	57,8%	770,5%
1946	2.896	117.943	1.498	957	123.294	0,0%	770,8%
1947	1.105	76.581	666	458	78.810	-36,1%	492,7%
1948	--	72.552	419	298	73.269	-7,0%	458,1%
1949	--	64.509	10.316	300	75.125	2,5%	469,7%
1950	475	54.466	5.225	475	60.641	-19,3%	379,1%
1951	1.609	49.142	3.452	599	54.802	-9,6%	342,6%
1952	1.612	25.824	773	591	28.800	-47,4%	180,1%
1953	198	7.894	38	273	8.403	-70,8%	52,5%
Summe	799.465	2.634.397	413.539	215.942	4.063.343		

Quellen: J.O. Pohl: *The Stalinist Penal System*, London: MacFarland 1997, S. 8; Rechenfehler korrigiert.

Strafvollzug und Sonderansiedlung in der UdSSR 1930–1953



Bilanz der Häftlingszahlen in der UdSSR 1934–1953

Jahr	Arbeitslager	Arbeitskolonien	Gefängnisse	Spezialansiedler	Zusammen
1930	179.000				179.000
1931	212.000			1.317.022	1.529.022
1932	268.700			1.142.084	1.410.784
1933	334.300			1.072.546	1.406.846
1934	510.307			973.693	1.484.000
1935	725.483	240.259		1.017.133	1.982.875
1936	839.406	457.088		916.787	2.213.281
1937	820.881	375.488		877.651	2.074.020
1938	996.367	885.203		938.552	2.820.122
1939	1.317.195	355.243	350.538	997.513	3.020.489
1940	1.344.408	315.584	190.266	930.221	2.780.479
1941	1.500.524	429.205	487.739		2.417.468
1942	1.415.596	360.447	277.992		2.054.035
1943	983.974	500.208	253.313		1.737.495
1944	663.594	516.225	155.213		1.335.032
1945	715.506	745.171	279.969		1.740.646
1946	600.897	956.224	261.500		1.818.621
1947	808.839	912.794	306.163		2.027.796
1948	1.108.057	1.091.478	275.850		2.475.385
1949	1.216.361	1.140.324			2.356.685
1950	1.416.300	1.145.051			2.561.351
1951	1.533.767	994.379			2.528.146
1952	1.711.202	793.312			2.504.514
1953	1.727.970	740.554			2.468.524

Quelle: Getty, J.A.; Rittersporn, G.; Zemskov, V.N., in: *American Historical Review* 98.1993, Appendix, S. 1048; Zemskov, in: *Otečestvennaja Istorija*, 1994, Nr.1, S. 124ff.

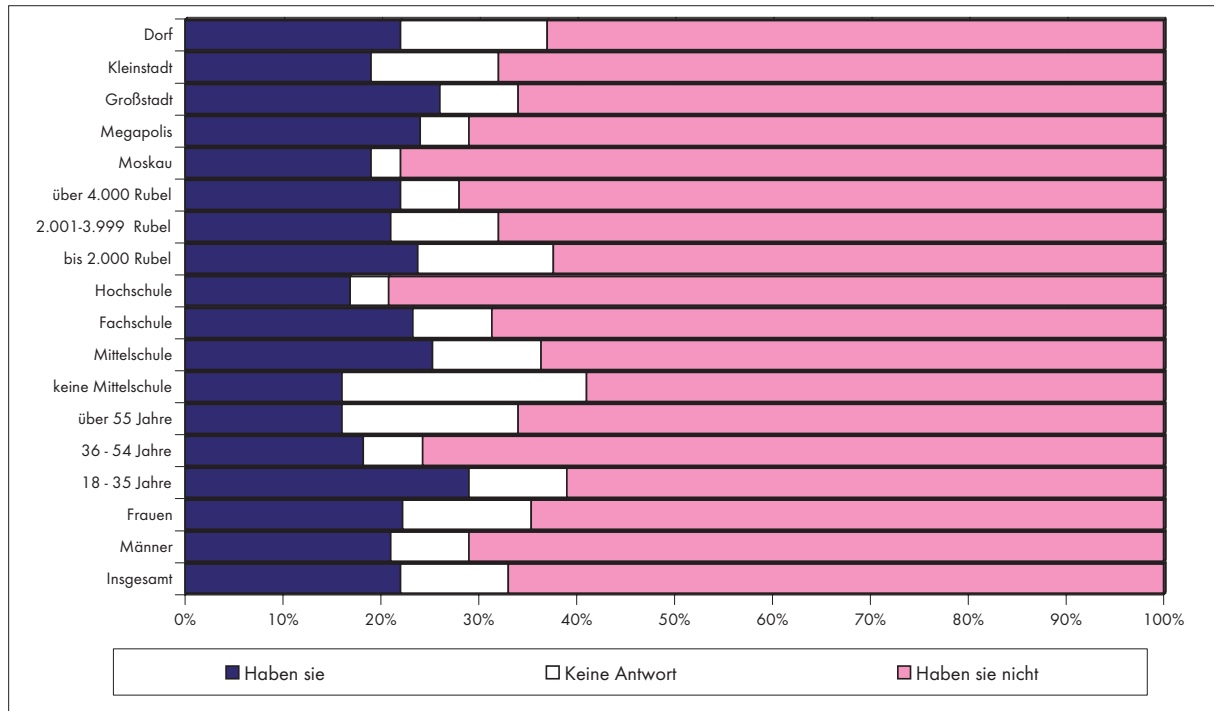
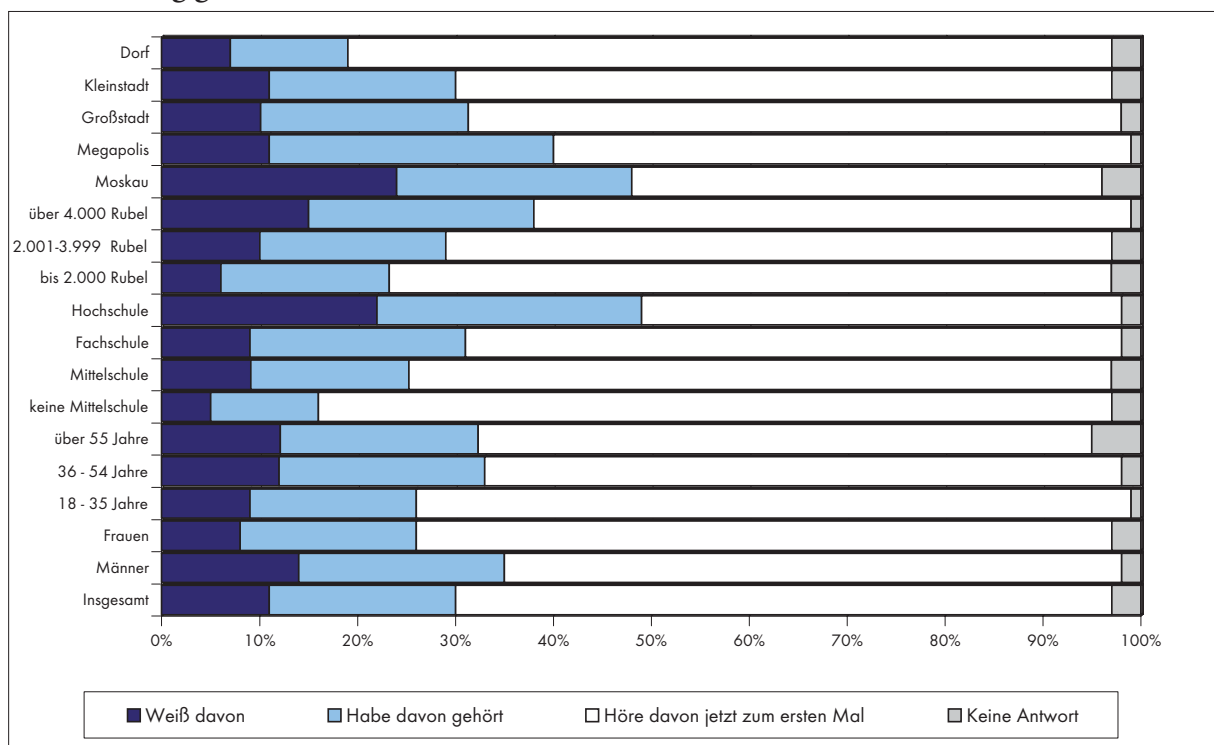
Nationale Zusammensetzung der Häftlinge in Arbeitslagern 1942–1947

Nationalität	1942	1943	1944	1945	1946	1947
Russen	833.814	600.146	403.851	441.723	303.132	412.509
Ukrainer	180.148	114.467	73.832	85.584	107.550	180.294
Belorussen	45.320	25.461	15.264	15.479	24.249	32.242
Tataren	29.116	17.915	11.933	14.568	9.049	11.045
Usbeken	26.978	20.129	8.380	8.426	5.570	4.777
Kasachen	19.703	14.888	11.453	12.321	7.822	8.115
Juden	23.164	20.230	15.317	14.433	10.839	9.530
Deutsche	19.258	18.486	19.773	22.478	18.155	18.738
Polen	14.982	11.339	8.765	8.306	13.356	16.137
Georgier	11.171	6.960	5.517	5.446	4.544	4.609
Armenier	10.307	9.300	6.835	6.903	5.477	5.728
Turkmenen	8.548	6.078	3.113	2.681	2.007	2.397
Letten	7.204	5.008	3.856	3.444	12.302	11.266
Finnen	3.547	2.781	2.220	1.929	1.758	2.245
Azeri	8.170	4.584	2.924	4.338	3.163	1.495
Tadschiken	4.896	3.841	2.194	1.872	1.335	1.460
Kirgisen	3.537	2.706	1.437	1.142	1.034	894
Baschkiren	4.669	2.414	1.406	1.579	905	1.093
Litauer	3.074	3.125	2.048	1.805	11.361	15.328
Esten	6.581	4.556	2.933	2.880	9.017	10.241
Rumänen	1.550	1.040	857	815	840	978
Iraner	1.825	1.176	772	678	501	558
Mongolen	64	37	22	49	20	49
Chinesen	5.182	3.848	2.792	2.879	2.614	1.888
Japaner	133	119	116	23	578	660
Koreaner	2.403	1.806	1.257	1.397	909	959
Griechen	2.610	1.859	1.344	1.382	1.240	1.247
Türken	488	297	226	281	264	186
Andere	136.898	79.208	53.068	50.599	41.247	29.725
Summe	1.415.596	983.974	663.594	715.505	600.897	786.441
Errechnet	1.415.340	983.804	663.505	715.440	600.838	786.393

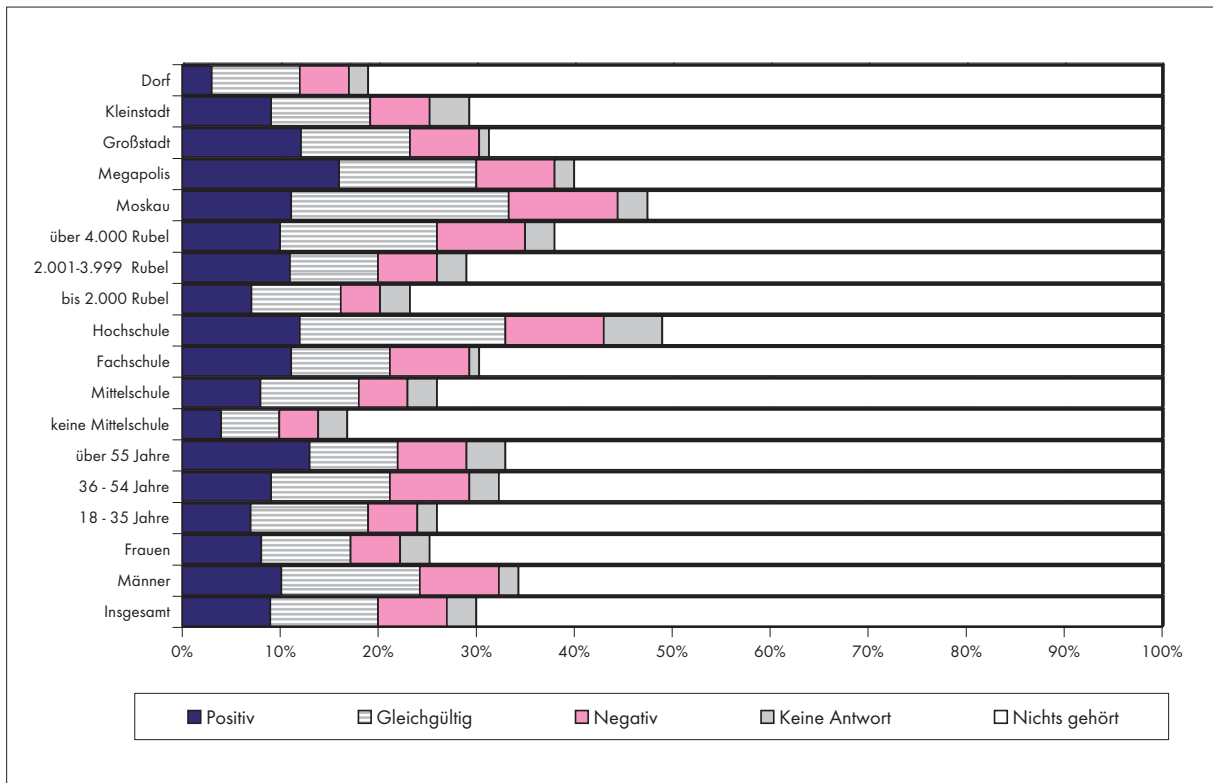
Quelle: J.O. Pohl: *The Stalinist Penal System*, London: MacFarland 1997, S. 36f.

Umfrage
Der „Marsch der Nichteinverstandenen“

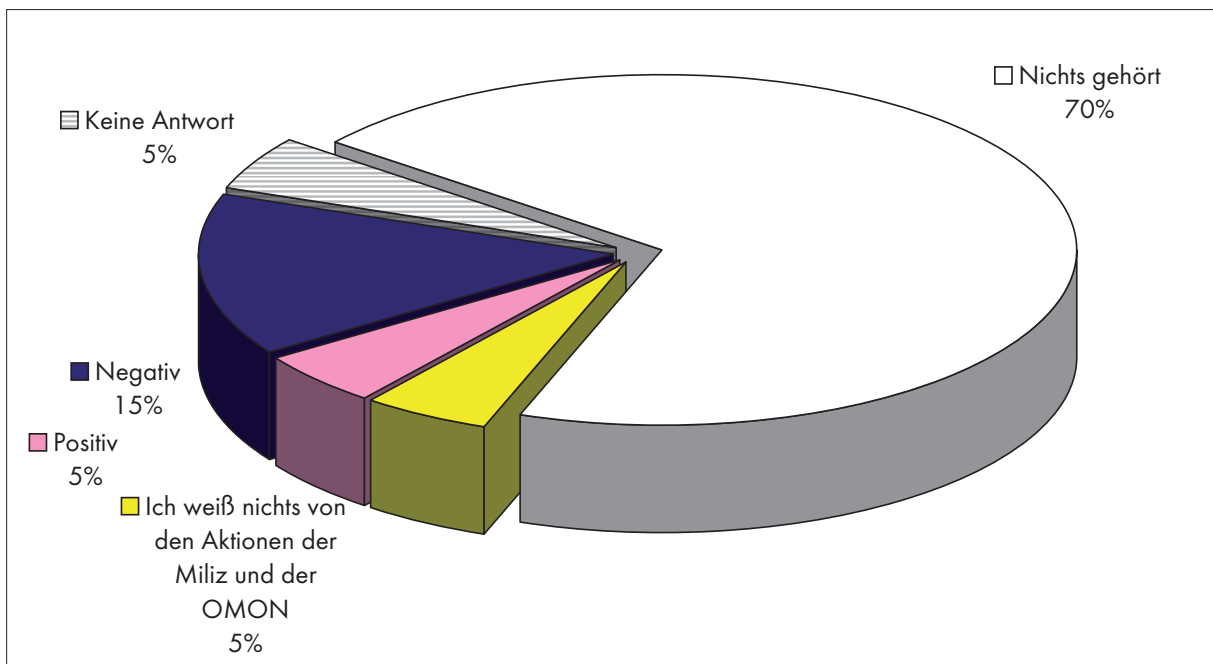
Quelle: Umfrage der Stiftung Öffentliche Meinung (FOM) vom April 2007

http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom0717/domt0717_3/d071721
Haben die Bürger Russlands Möglichkeit, auf die Obrigkeit Einfluss zu nehmen?

Haben Sie vom „Marsch der Nichteinverstandenen“ am 14. und 15. April in Moskau und St. Petersburg gehört?


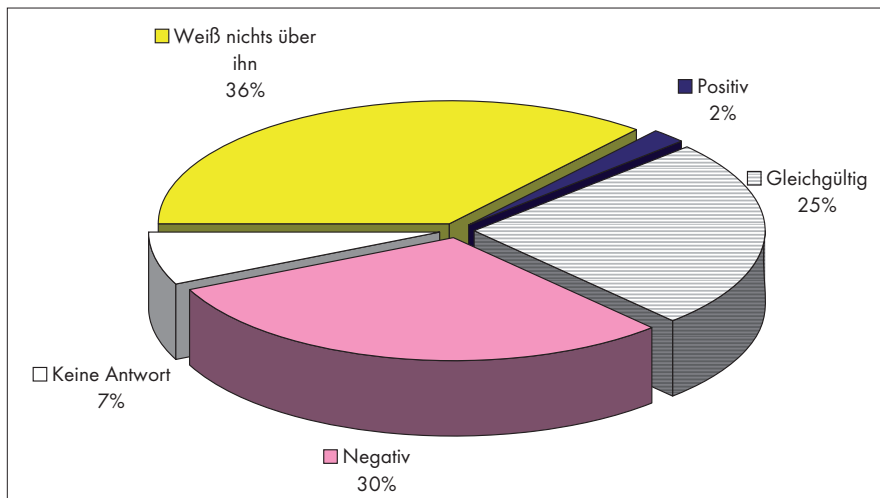
Wie stehen Sie zum „Marsch der Nichteinverstandenen“?



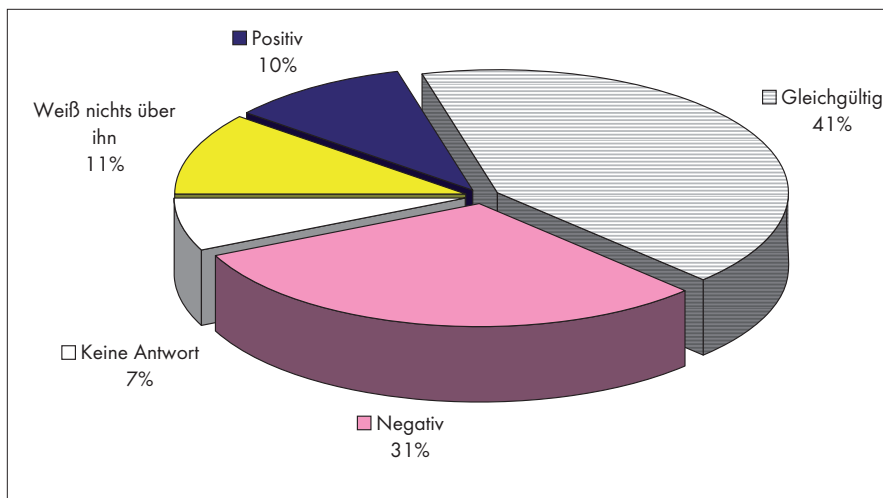
Wie bewerten Sie den Einsatz von Polizei und OMON?



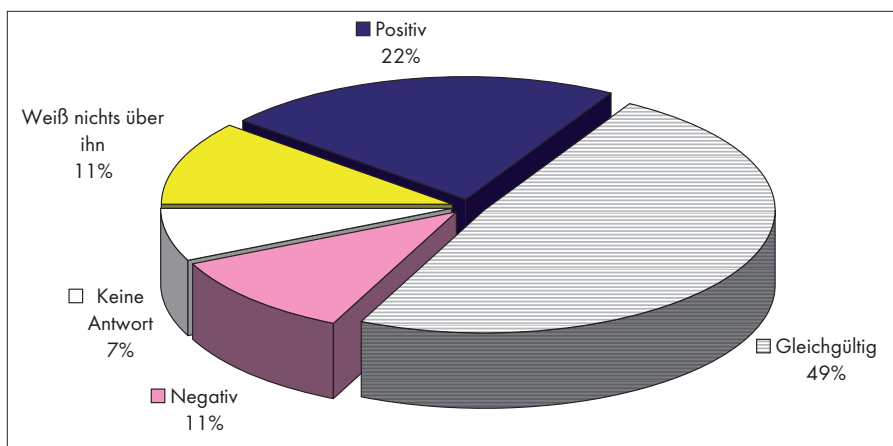
Was halten Sie von Eduard Limonow?



Was halten Sie von Michail Kasjanow?



Was halten Sie von Garri Kasparow?



Chronik

Vom 27. April bis zum 3. Mai 2007

27.4.2007	Etnische Stellen beginnen am frühen Morgen mit dem Abbau des sowjetischen Ehrenmals im Zentrum Rigas und der Umbettung von 14 dort beerdigten sowjetischen Soldaten. Das Ehrenmal soll auf einen Militärfriedhof versetzt werden. Es kommt zu heftigen Zusammenstößen zwischen Polizei und Demonstranten. 44 Protestler und 13 Polizisten werden verletzt. Sicherheitskräfte nehmen 300 Personen fest. Die Konflikte halten in den folgenden Tagen an.
27.4.2007	Der große Cellist, Dirigent und Komponist Mstislaw Rostropowitsch stirbt im Alter von 80 Jahren in Moskau.
27.4.2007	Im Rayon Schatoj (Südschetschenien) stürzt ein russischer Transporthubschrauber Mi-8 ab. 15 Soldaten und 3 Besatzungsmitglieder werden getötet. Der Hubschrauber sollte Verstärkung für russische Speznas und tschechenische Sicherheitskräfte bringen, die beim Dorf Chal-Kiloy in ein Gefecht verwickelt sind.
27.4.2007	Putin unterzeichnet ein Dekret, mit dem 65 Unternehmen der Nuklearindustrie unter einem Dach zusammengefasst werden. Die staatlich kontrollierte Holding „Atomenergoprom“ soll am 1.7.2007 ihre Arbeit aufnehmen.
28.4.2007	In Nishnij Nowgorod unterbindet die Polizei einen nicht genehmigten „Marsch der Nichteinverstandenen“. 14 Personen werden festgenommen. Nach unterschiedlichen Medienangaben nehmen 20-100 Personen an der Demonstration teil.
29.4.2007	In St. Petersburg beschlagnahmt die Polizei 52.000 Exemplare der Zeitung „Marsch der Nichteinverstandenen“, die sich mit dem Polizeieinsatz gegen Demonstranten in Moskau und St. Petersburg am 14. und 15. April auseinandersetzt.
29.4.2007	Mstislaw Rostropowitsch wird in Moskau auf dem Nowodewitschi-Friedhof beerdigt. Ilham Alijew, Präsident von Aserbaidschan, Königin Sofia von Spanien, Bernadette Chirac, die Frau des französischen Präsident Jacques Chirac, Natalja Solschenizyn, die Frau von Alexander Solschenizyn und Naina Jelzina, die Witwe von Präsident Jelzin, nehmen an der Beerdigung teil.
29.4.2007	In Dagestan wird eine Gaspipeline durch eine Explosion beschädigt, die wahrscheinlich durch Sabotage ausgelöst wurde.
1.5.2007	In Inguschetien werden zwei Soldaten verletzt, als sie beim Durchkämmen eines Waldes eine Sprengfalle auslösen.
1.5.2007	Zum 1. Mai finden im Lande zahlreiche Kundgebungen statt. In Moskau demonstrieren ca. 25.000 Anhänger von „Einiges Russland“. Eine weitere Demonstration mit ca. 5.000 Teilnehmern wird von der KPRF organisiert. An einer von Jablko veranstalteten Demonstration in der Nähe des Lubljanka-Platzes nehmen ca. 100 Personen teil.
3.5.2007	Die estnische Botschafterin in Moskau wird angegriffen, als sie in der Redaktion von „Argumenty i fakty“ eine Pressekonferenz abhalten will.
3.5.2007	Die Firma „Neft-Aktiv“, die die Firma „Rosneft“ vertritt, gewinnt die Versteigerung der ostsibirischen Aktiva der Firma „Jukos“ mit dem Gebot von 175,7 Mrd. Rubel.
3.5.2007	Das russische Außenministerium protestiert offiziell dagegen, dass die russische Botschaft in Stokholm mit Steinen beworfen wurde.

Die Russlandanalysen werden mit Unterstützung durch die Otto-Wolff-Stiftung gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Russlandanalysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder

Russlandanalysen-Layout: Cengiz Kibaroglu

ISSN 1613-3390 © 2007 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: www.russlandanalysen.de

Lesehinweis

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa

Russlandanalysen

Die „Russlandanalysen“ bieten wöchentlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Wochenchronik aktueller politischer Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

kultura. Russland-Kulturanalysen

Die Russland-Kulturanalysen diskutieren in kurzen, wissenschaftlich fundierten, doch publizistisch-aufbereiteten Beiträgen signifikante Entwicklungen der Kultursphäre Russlands. Jede Ausgabe enthält zwei Analysen und einige Kurztexte bzw. Illustrationen. Erscheinungsweise: monatlich, in je einer deutschen und englischen Ausgabe.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatliche eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatliche eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.polen-analysen.de>

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik sowie zur Ukraine. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

FSO-Fernsehtipps

Die „FSO-Fernsehtipps“ bieten zweiwöchentlich einen Überblick über Sendungen mit Bezug auf Ost- bzw. Ostmitteleuropa im deutschsprachigen Kabelfernsehen. Vorrangig erfaßt werden Spiel- und Dokumentarfilme aus und über osteuropäische Länder. Der Schwerpunkt liegt auf der Sowjetunion und ihren Nachfolgestaaten (vor allem Russland), Polen, Tschechien, Slowakei und DDR.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de